

# tendenz

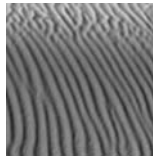


Zeitung der Jungdemokratinnen / Junge Linke  
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

## EUROPA [S.3]



Was bedeutet der vom Europäischen Konvent erarbeitete Verfassungsentwurf für die Zukunft der EU?



## ANTIRASSISMUS [S.4]

Schily's Plan der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes "an den Rand der Sahara" ist völkerrechts- und grundgesetzwidrig.



## GRUNDRECHTE [S.5]

Die rechten Parteien sind längst salonfähig geworden und auch die rechte Jugendkultur selbst ist im Wandel begriffen.



## EMANZIPATION [S.6]

Die Ausbildungslage in der BRD ist katastrophal. Auch die Reform des Berufsbildungsgesetzes wird daran nichts ändern.

Gegen autoritäre und antisoziale Entwicklungen

## 60 Jahre Freiheit sind genug

Am 8. Mai 2005 wird sich der alliierte Einmarsch in Berlin zum 60. Mal jähren. Doch knapp sechs Jahrzehnte, nachdem die Deutschen - viele gegen ihren Willen - vom Hitler-Regime befreit wurden, wählen sie in Sachsen und Brandenburg, aber auch im Saarland, in Köln und Dortmund wieder rechtsextreme Parteien in die Parlamente.

Etablierte Politiker und die bürgerlichen Medien geben sich alle Mühe, den rechtsextremen Wählerwillen auf ein dumpfes „Protest!“ zu reduzieren – nur leider sind Parolen wie „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ (DVU), „Deutschland den Deutschen“ (NPD) oder „Gegen eine Groß-Moschee in Köln“ (Pro Köln) ziemlich eindeutig: „Wir, das 'deutsche Volk', müssen zusammenhalten gegen die Gefahr von außen.“ Der völkisch-nationalistischen Ideologie entsprechend werden durch RechtswählerInnen anonyme Mächte, eben „die da oben“ verantwortlich gemacht, aber vor allem „die da unten“: MigrantInnen und deren teilweise schon in der 2. und 3. Generation hier lebenden Kinder, Flüchtlinge, Obdachlose, Behinderte, Drogenabhängige und Aidskranke. Solche autoritären und antidemokratischen Denkschemata haben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (in ihren Studien zum Autoritären Charakter) oder Heinrich Mann (in „Der Untertan“) als einen Grundpfeiler des Faschismus herausgearbeitet. Natürlich werden dort aber noch viele weitere Ursachen benannt, wie bspw. die materielle Spaltung der Gesellschaft, die fehlende vollständige Durchsetzung republikanischen Staatsbürgerbewusstseins, die früde, spießbürgerliche Erziehung, die Sozialisierung durch Burschenschaften und vieles mehr.



teitagsentscheidungen von oben nach unten macht die Parteien neoliberal ununterscheidbar. Aus diesem Mangel an Demokratie innerhalb der Parteistrukturen resultiert unter anderem auch die Politik gegen die Interessen vieler ihrer Wähler. So steht für erhebliche Teile der BürgerInnen die Demokratie selbst zur Disposition. Dies kann man nicht zuletzt auch an der niedrigen Wahlbeteiligung ablesen.

Aus Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg wird von einem Teil der WählerInnen die Parole vom Standortwettbewerb buchstäblich an „denen da unten“ umgesetzt. Die politische Perspektivlosigkeit der Zuschauer wird dadurch verstärkt, dass Demonstranten und andere, die sich außerhalb der etablierten Parteien und Organisationen engagieren, pauschal als Krawallmacher und ideologische Spinner dargestellt, und außerdem häufig als linke und rechte „Extremisten“ auf eine Ebene gestellt werden. Der grundlegende Unterschied in den Politikansätzen wird nicht kommuniziert, das Verbrecherische der Rechten wird verharmlost, das Emanzipatorische der Linken wird kriminalisiert.

Aber auch inhaltlich bewegen sich die etablierten Parteien immer weiter nach rechts, anstatt die gesellschaftlichen Ursachen der autoritären Entwicklungen zu bekämpfen. Die CDU liebäugelt derzeit mal wieder mit einer ausländerfeindlichen Unterschriftensammlung, diesmal gegen den EU-Beitritt der Türkei. Beckstein (CSU) und andere sprechen sich sogar öffentlich und ausdrücklich dafür aus, die Inhalte nach rechts anzupassen, um sich für diese Wähler zu öffnen. Die rot-grüne Bundesregierung will derweil Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika einrichten, und damit die Flucht für politisch Verfolgte praktisch unmöglich machen.

Kurzerhand werden Dinge beschlossen wie die Einführung von biometrischen Daten in Pässen. Eine Maßnahme, die nicht nur unwirksam ist, sondern auch extrem kostspielig und bürgerrechtlich höchst fragwürdig. Denn so unterhöhlt die Regierung nachhaltig die Schutzmechanismen, die nach den Erfahrungen mit dem NS-Reich eingeführt wurden, um den Staat von einer zu hohen Kontrolle über die Bevölkerung abzuhalten. Mit solchen Entscheidungen zieht sie nicht nur das Rechtssystem, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit nach rechts, ins Autoritäre: Individuelle Schutz-, aber auch demokratische Teilhaberechte des Einzelnen gehen verloren.

### Organize!

Die Verschärfung des Sozial- und Demokratieabbaus unter Rot-Grün wird auch die Konflikte in der Gesellschaft um den Erhalt sozialer und demokratischer Errungenschaften selbst offener zutage treten lassen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung äußert sich derzeit diffus - einerseits als Sozialprotest gegen Hartz IV, gleichzeitig aber auch in der Stärkung rechtsextremer Parteien und Gruppen. Auf unsere Aktivität kommt es daher an. Wir können unsere Interessen und Ansichten gegen Sozialabbau, Neoliberalismus und rechtsextreme Aktivitäten auf der Straße ausdrücken, im persönlichen Umfeld, in einer linken Gruppe oder Organisation. Wir können uns einsetzen in einem Gremium oder in den Parlamenten. Stellen wir uns der Herausforderung! Engagieren und organisieren wir uns gegen autoritäre Lebenswelten, für eine demokratische und emanzipatorische Gesellschaft!

## Der Kommentar

### Ökologie hat keine Farbe

Vorbei sind die Zeiten, in denen sich die Grünen mit den Schlagworten „ökologisch - sozial - pazifistisch“ beschreiben konnten - endgültig. Während sie mit letzteren beiden Begriffen nicht einmal mehr werben, stehen sie im öffentlichen Bewusstsein doch nach wie vor für eine ökologische Partei. Jedoch können sich die Grünen keineswegs üppig mit ökologischen Erfolgen oder Weichenstellungen schmücken. Gerne verstecken sie sich hinter dem großen Koalitionspartner und der Opposition, welche die Umsetzung grüner Ziele angeblich verhinderten oder verwässerten. Die „aufgezwungenen Kompromisse“ werden dafür erstaunlich überzeugt beworben. So bejubelt Umweltminister Trittin den Atomkonsens eifrig und genehmigt gleich alle zwölf Atommüllzwischenlager für 40 Jahre(!) - eine Maßnahme, die für den Weiterbetrieb von Atomanlagen elementar ist, denn ohne Lagermöglichkeiten müssten einige Kraftwerke schon bald abgeschaltet werden.

Dass Deutschland auf EU-Ebene ökologischer Bremsen zugunsten der Wirtschaft ist, zeigte sich aktuell an der EU-Chemikalien-Richtlinie, nach der für Stoffe vor ihrer Zulassung ihre Unbedenklichkeit nachgewiesen werden soll - zu teuer für die deutsche Wirtschaft, und deshalb seit 2001 noch nicht beschlossen. EU-Kohlesubventionen fließen trotz „Energiewende“ weiter - nicht zuletzt, weil sie mit deutschen Stimmen erhalten wurden.

Auch die europäische Altauverordnung, die eine Rücknahme des Schrotts vom Hersteller vorsah, wurde 1999 durch ein deutsches Veto verhindert, die Grünen haben heute, dass es auch so eine sehr gute Autoentsorgung gäbe.

Apropos Auto: Der allmorgendliche Stau auf Autobahnen ist keinesfalls nur als Aufforderung für breitere Straßen zu lesen, er schreit nach verkehrspolitischen Konzepten - doch diese fehlen leider völlig. Es gibt keinerlei Pläne, den ÖPNV auszubauen, steuerlich zu bevorzugen, Verkehr auf die Schiene zu verlagern - im Gegenteil: bis 2020 sollen weitere 11.500 km Straße gebaut werden, während jedes Jahr um die 13.000 Bahnkilometer stillgelegt werden. Derweil gilt noch immer die Mehrwertsteuerbefreiung für Flugtickets und die Befreiung von Umsatz- und Mineralölsteuer für Fluggesellschaften; alles staatliche Instrumente zur Subventionierung einzelner Transportmittel, die ebenso nach Umweltkriterien ausgerichtet werden könnten - allerdings denkt niemand auch nur daran: Die Idee einer nach ökologischen Kriterien gestaffelten KFZ-Steuer wurde im letzten Jahr schneller zurückgezogen als es dauert, diesen Satz auszusprechen.

Doch was haben die Grünen in der Regierung erreicht? Der CO2-Ausstoß wird begrenzt - aber mit „Verschmutzungsrechten“ für einzelne Branchen, wodurch das Ziel einer Senkung der Treibhausgas um 40% bis 2020 wohl nicht mehr zu schaffen ist. Alternative Energie wird gefördert - gerechtfertigt wird dieses zaghafte Umsteuern jedoch nur mit neu geschaffenen Arbeitsplätze, nicht mit der ökologischen Notwendigkeit. Alternative Energien decken bislang nur 1,3 % des Bedarfs an Primärenergie, und Atomkraft wird zudem durch EURATOM weiterhin subventioniert. Ausgaben für Lärmschutz, Luftreinhaltung, Gewässerschutz und Abfallbeseitigung sind von 1994 bis 2000 gesunken. Es gibt nun Öko-Standards bei Lebensmitteln, die wegen der höheren Preise allerdings nur den VerbraucherInnen mit dem gut bestückten Geldbeutel nützen; beim Durchschnittskonsumenten darf inzwischen genetisch Verändertes auf den Tisch - aufgrund eines EU-Beschlusses Anfang 2004.

Im Umweltschutz - mit oder ohne Grüne - zeichnet sich ab, dass vor allem solche Strategien ökologischer Modernisierung

**So unterhöhlt die Regierung nachhaltig die Schutzmechanismen, die nach den Erfahrungen mit dem NS-Reich eingeführt wurden, um den Staat von einer zu hohen Kontrolle über die Bevölkerung abzuhalten. Mit solchen Entscheidungen zieht sie nicht nur das Rechtssystem, sondern auch die gesamte Öffentlichkeit nach rechts, ins Autoritäre: Individuelle Schutz-, aber auch demokratische Teilhaberechte des Einzelnen gehen verloren.**

In den bürgerlichen Medien und durch CDU, SPD und FDP wird derweil die Lage verharmlost: Die Nazis seien ja sowieso unfähig zu regieren, würden sich in den Parlamenten nur blamieren und selbst disqualifizieren - man solle das Problem nicht hochspielen. Dabei sollte sich eigentlich die „politische Mitte“ an die eigene Nase greifen: Ein Grund für die Wahlerfolge der Rechtsextremisten, ist der neoliberale Kanon aus Medien und Parteien, der die Alternativlosigkeit der aktuellen Entwicklungen predigt. Ob Saarlands SPD oder Sachsens CDU - obwohl man der Regierung nur noch alles Schlechte zutraut, hält man die „Opposition“ zu recht nicht mehr für eine solche - sind sich doch Regierung und Opposition im wesentlichen einig darin, soziale und demokratische Rechte zu beschneiden.

Soziale Deklassierung und offene Ignoranz gegenüber demokratischen Entscheidungsfindungen mittels Kanzler-Basta, Durchsetzung von Par-

Anzeige

»DAS ANDERE REISEBÜRO«

# INLÄNDER RAUS!

EUER TEAM VOM REISE LADEN

## DURCHBLICK

Hufelandstrasse 25 · 10407 Berlin  
Tel. (030) 424 81 26 · Fax (030) 424 87 81  
hufe@reiseladendurchblick.de  
www.reiseladendurchblick.de



Zeitung für linke Debatte und Praxis  
ak testen: 3 für 5 €  
Infos + Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)



Nr. 6 - Winter 04/05

# FANTOMAS

magazin für linke debatte und praxis

4,50 €

## Prekäre Zeiten

Prekarität: hinterm Verkaufstisch · mit und ohne Greencard · in linken und anderen Projekten · in Serbien, Argentinien, Südafrika · jenseits der Normalarbeit · im Kampf um soziale Rechte · am Rande ökonomischer Wertungszonen · als Lebensentwurf

Preis: 4,50 € + Porto (per Rechnung) oder 5 € Schein beiliegen  
Bestellungen an: [fantomas@akweb.de](mailto:fantomas@akweb.de)  
ak, Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg  
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

## Der Holocaust auf dem Teller? Tierschutz für Geschichtsvergessene

In der Ausgabe September/Oktober 2004 erschien im Verlag 2001 das Buch „Eternal Treblinka: Our Treatment of Animals and the Holocaust“, geschrieben von dem amerikanischen Politikwissenschaftler und Philosophen Charles Patterson, als deutsche Erstübersetzung. Das Buch legt einen Vergleich mit einer im Frühjahr 2004 durchgeführten Kampagne der Tierrechtsorganisation „PETA-People for Ethical Treatment of Animals“ nahe, die unter dem Titel „Der Holocaust auf dem Teller“ systematisch Massentierhaltung und Tötung mit der Shoah gleichsetzt. Die Bilder auf der Kampagnenhomepage und den Plakaten in Fußgängerzonen springen ins Auge: Links das Foto eines Haufens getöteter Tiere, rechts ein Foto von ermordeten Menschen in einem Konzentrationslager. Die dazugehörigen Botschaften lesen sich eindeutig: „Der Holocaust auf dem Teller“ oder „Für Tiere ist jeden Tag Holocaust“.

Die Aussage scheint klar: Der Umgang mit Tieren in der Massentierhaltung ist vergleichbar mit dem, was Millionen von Menschen in deutschen Konzentrationslagern angetan wurde, und deshalb verurteilenswert. Die öffentliche Kritik an der Kampagne war groß, zahlreiche Organisationen, darunter der Zentralrat der Juden, wandten sich gegen diese unsägliche Gleichsetzung. Auch Tierschutzorganisationen schlossen sich der Kritik an. Schlussendlich wurde vor dem Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung erwirkt, nach der PETA die umstrittenen Fotos nicht weiter veröffentlichen darf. In Charles Pattersons Buch „Eternal Treblinka“ soll aufgezeigt werden, dass es einen direkten Weg gibt, der von den Großschlachthöfen in den USA Ende des 19. Jahrhunderts zu den deutschen Konzentrationslagern

führt; dass sich die eingebaute Routine der massenhaften Tötung von Tieren im Genozid fortgesetzt habe. „Die empathielose Rohheit, die unsere Zivilisation über Jahrtausende im Verhalten zu Tieren eingeübt hat, schlägt in Belzec, Maidanek, Hadamar, Sobibor und Treblinka auf die Zivilisation zurück und wendet sich nun gegen die Genossen der eigenen Gattung,“ so gibt der Verlag eine Kernaussage des Buches wieder.

Was beiden Phänomenen der PETA-Kampagne wie dem Buch - gemein ist, sind zwei sich aufdringende Interpretationen. Zum einen steckt dahinter eine Zivilisationskritik, die eine anthropologische Entwicklung der stetigen Verrohung impliziert, die über Massentierhaltung bei der massenhaften Ermordung von Menschen in Konzentrationslagern ende. Zum anderen wird eine Gleichsetzung von Menschen und Tieren nahegelegt. Diese, so haben Kritiker der PETA-Kampagne zu recht entgegeng gehalten, gehöre zum Standardrepertoire jeder Antisemitin, und sei als PR-Maßnahme wahrlich nicht geeignet. Und auch die vorgeschlagene Zivilisationskritik ist mehr als problematisch. Sie verschleiert die Ursachen des Nationalsozialismus, indem sie größtenteils auf politische und soziologische Erklärungsansätze verzichtet. Weder aus einer geschichtspolitischen noch aus einer Tierschutzperspektive eignet sich eine faktische Parallelesetzung oder ein kausale Verknüpfung von Massentierhaltung und Shoah. Aus einer geschichtspolitischen Perspektive scheint beides reaktionär und dem durchaus berechtigten Tierschutzanliegen schaden solche Versuche nur.

- Alex Wagner



## Atom, Atom

Weil schon im Gründungsvertrag der EURATOM steht, dass „die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt“ und deswegen alle Unterzeichnerstaaten ganz doll entschlossen sein sollen, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt“, hat die Bundesregierung vor zwei Jahren ein Gesetz beschlossen, welches den AKW-Betreibern der Bundesrepublik ermöglicht, noch mindestens zwanzig Jahre lang ihre Meiler zu nutzen. Das finden die Kraftwerksbetreiber richtig gut.

Schröder findet das auch richtig gut, denn er hat auf einen Streich ca. 8000 Arbeitsplätze erhalten. Dann gibt es aber Leute, die finden Atomenergie nicht so gut. Die sagen, was die Bundesregierung da gemacht hat, sei gar kein richtiger Atomausstieg, weil weiterhin jährlich über 450 Tonnen abgebrannter Brennelemente allein in den bundesdeutschen AKW anfallen, die dann in die Plutoniumfabriken nach La Hague oder Sellafield transportiert werden müssen. Da hatte die Regierung eine tolle Idee: Ab Mitte 2005 werden einfach keine Atommülltransporte mehr in die Wiederaufbereitung zugelassen. Super! Das Bundesamt für Strahlenschutz hat im Dezember vergangenen Jahres ratz-fatz zwölf dezentrale Zwischenlager in unmittelbarer Nähe der Atomkraftwerke genehmigt, und schon brauchen wir keine Atommülltransporte mehr. Aber noch immer sind nicht alle zufrieden. Schließlich sind oberirdische Zwischenlager auch nicht ganz ungefährlich. Und nebenbei weiß noch niemand, wo der ganze Müll letzten Endes hin soll.

Da hatte Trittin eine einfache Lösung vorzuschlagen: Er richtete den Arbeitskreis Auswahlfahren Endlagerstandort ein und hat diesem Zeit gegeben bis etwa 2030, denn erst dann soll ein Endlager in Betrieb genommen werden. Und wenn bis dahin ein AKW in die Luft geht, dann brauchen wir ja auch gar kein Endlager mehr...

- Juliane Niklas

## Waffen

## Mini-Nukes: die ökologische Belastung durch Uran-Munition

Uran, mit seinem Schmelzpunkt bei 1.132 °C, erhöht die Durchschlagkraft von Metallen um ein Vielfaches und wird daher seit dem Golfkrieg 1991 in panzerbrechenden Waffen eingesetzt; für die Geschossmantel wird abgereichertes Uran (Depleted Uranium, DU) eingesetzt, dass bei der Nuklearindustrie als Atommüll abfällt; Kriegsgebiete sind damit praktisch das atomare Endlager der westlichen Industrienationen. Was immer sich z.B. in einer vorprogrammierten Penetrationstiefe befindet, wird durch die Verbrennung des abgereicherten Urans innerhalb weniger Sekunden zu feinem schwarzem Staub; das abgereicherte Uran selbst verwandelt sich in Uranoxidpulver. Die meisten der dabei entstehenden Staubpartikel sind nur 1,5 Mikron groß - klein genug, um den Weg in menschliche Lungen zu finden. DU-Munition steht dabei stark

im Verdacht, genetische Schäden und diverse Krebserkrankungen, wie z.B. Leukämie, hervorzurufen. Die Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges geht davon aus, dass allein im ersten Golfkrieg über 300 Tonnen uranhaltige Munition verschossen wurden und verweist auf Berichte irakischer Kollegen, die trotz der vermeintlich geringen Radioaktivität auf eine „signifikante Erhöhung der Krebs- und Fehlbildungsraten“ um bis zu 600% hindeuten. In Afghanistan und im zweiten Golfkrieg ist ein Vielfaches dieser Menge zum Einsatz gekommen. So wurden auf Afghanistan Lenkbomben abgeworfen, etwa der „Bunker Buster“ GBU-28 der Firma Raytheon, die bis zu anderthalb Tonnen abgereichertes Uran enthalten.

- Daniel Leisegang



## Weltklima

## Immer noch heiße Luft?!

Durch die zunehmend produzierten Treibhausgase verändert sich das globale Klima. Die Folgen spiegeln sich in Hochwasserkatastrophen, im Schmelzen von Polkappen und Gletschern und lassen den Meeresspiegel steigen, Klimazonen verschieben sich und gefährden die Lebensgrundlagen. Die Ursache für die Klimaerwärmung liegt in dem Treibhauseffekt, bedingt vorrangig durch den hohen CO2 Ausstoß der Industriestaaten. Schon auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro setzte man sich 1992 das Ziel, die Treibhauskonzentration auf ein bestimmtes Niveau zu stabilisieren und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortzuführen. Weitere zähe Konferenzen folgten und es wurde versucht, die Rahmenkonvention in konkrete Reduktionszahlen für Staaten und Reduktionsmaßnahmen umzusetzen. Um den Treibhauseffekt zu bremsen wurde schließlich im Kyoto-Protokoll festgelegt, dass bis zum Jahr 2012 35 Industrieländer zusammen die CO2-Emissionen um 5,2 % im Vergleich zum Referenzjahr 1990 senken sollen. Das Kyoto-Protokoll gilt erst als rechtsverbindlich angenommen, wenn mindestens 55% der Vertragsstaaten, die zugleich für 55% der Treibhausgasemissionen

der Industrieländer verantwortlich sein müssen, das Papier im eigenen Parlament ratifizieren. Doch die Blockadehaltung der USA auf der Klimakonferenz gegenüber solch einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen zur Emissionsverminderung lässt das Kyoto-Protokoll weiter in der Schwebe. Für die Unternehmensverbände stellt das Inkrafttreten eines solchen Abkommens einen politischen Albtraum dar, da die entstehenden Kosten aus Sicht eines neoliberalen Wirtschaftskurses erschlagend sind. Zudem würden die vereinbarten Verpflichtungen in erster Linie nur für die Industriestaaten gelten und die Entwicklungsländer vorerst ausnehmen. Folglich kann man mit der Ratifizierung der USA in absehbarer Zeit nicht rechnen, obwohl sie mit einem Anteil von 24% am gesamten weltweiten CO2-Ausstoß der mit weitem Abstand größte CO2-Verursacher sind.

- Teresa Göpel



Dazu werden Institutionen geschaffen und reichlich Gründe geliefert: „Abrüstungsmaßnahmen“, „Konfliktverhütung“, „militärische Unterstützung“ (Art. I-41) auch für „Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus auf ihrem Hoheitsgebiet“ (Art. III-210). Der Ministerrat entscheidet über Krieg oder Frieden, Staaten, die sich nicht beteiligen, dürfen nicht mitstimmen und das EU-Parlament wird nur noch über „grundlegende Weichenstellungen [...] auf dem Laufenden gehalten“ (Art.III-282). Kriegspläne einzelner Staaten sind damit demokratischer Kontrolle entzogen und so auch nicht aufzuhalten. Und da EU-Recht deutsches Recht bricht, entscheidet der Bundestag schließlich über einen langen Katalog von de facto Grundgesetzänderungen. Damit erlischt nicht nur das Verbot von Angriffskriegen und deren Vorbereitung (Art. 26), sondern genau diese Vorbereitung bekommt Verfassungsrang.

**Die europäische Armee für deutsche Interessen**  
Das Ziel ist spätestens seit dem Jugoslawien-Krieg klar und überdeutlich in den ‚Verteidigungspolitischen Richtlinien‘ nachzulesen: „Die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“

Sozialpolitik in der EU

# Die Verfassung ist eine Mogelpackung

Die EU bleibt ein undurchsichtiger, undemokratischer Moloch, der mit der vorgelegten „Verfassung“ den neoliberalen, marktradikalen Kurs ein für alle Mal festschreiben will. Dazu ist zu sagen: 4 x NEIN!

**NEIN zur Konkurrenzgesellschaft!**  
Das oberste Ziel ist der „Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ (Art. I-3; Verfassungsentwurf) und seinen vier Grundfreiheiten: „der freie Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr“ (I-4). Die Mitgliedstaaten werden auf die „Einführung einer Wirtschaftspolitik“ festgelegt, „die auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (III-69) beruht. Damit wird die öffentliche Daseinsvorsorge der Privatisierung und Profitlogik unterworfen. Einzelstaatliche Kapitalverkehrskontrollen sind untersagt. Der freie Personenverkehr meint nur den der Menschen als Arbeitskraft; die individuelle Freizügigkeit kann durch die Aussetzung des Schengener Abkommens jederzeit verhindert werden (z.B. anlässlich von Sportveranstaltungen und Demonstrationen).

**NEIN zu Lohn- und Sozialdumping!**  
In der Charta der Grundrechte sind soziale Rechte nur allgemein formuliert („Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen“; II-31), oder als unverbindliche Zugangsrechte („Recht auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst“; II-29), oder sie verweisen auf nationales Recht. Ein europäisches Streikrecht, ein europäisches Recht auf Arbeit, Wohnung, Mindesteinkommen, Kündigungsschutz und Mitbestimmung gibt es nicht. Die unternehmerische Freiheit hingegen wird ausdrücklich anerkannt (II-16). Im Bereich der sozialen Sicherheit, der Arbeitnehmerrechte und der direkten Steuern sollen sich die Mitgliedsländer auf das niedrigste mögliche Niveau konkurrieren. Und die EU ist für die soziale Konsequenzen ihrer Wirtschaftspolitik nicht zuständig!

**NEIN zur Aufrüstung!**  
Aufrüstung und Kampfeinsätze werden Verfassungsauftrag: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet...“ (I-40). Der Euratom-Vertrag wird übernommen. Das Europaparlament wird bei allen außenpolitischen und militärischen Entscheidungen ohne jegliche Einflussmöglichkeit bestenfalls gehört. Die Schaffung einer EU-Armee geht einher mit der Umstellung von der Wehrpflicht auf die Berufsarmee und einem Rüstungswettlauf mit den USA.

**NEIN zur Festung Europa!**  
Europäische Asylgesetze müssen in Einklang mit

Militarisierung der EU

# Der verfassungsgemäße Angriffskrieg

„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Verfassungsentwurf, Art. I-40) Damit ist der EU tatsächlich ein großer Wurf gelungen, denn diese Verfassung zwingt zur Aufrüstung statt ein friedliches Miteinander anzustreben.

Was mit der militärischen Zerschlagung der Bundesrepublik Jugoslawien begann und sich mit dem ‚Krieg gegen den Terror‘ in einem der ärmsten Länder der Welt (Afghanistan) fortsetzt, soll nun verfassungsgemäßes Europa werden. Das olivgrüne „Avantgarde-Europa“ (Fischer) schafft Fakten, wozu andere (noch) nicht Willens oder in der Lage sind. „Die Mitgliedstaaten unterstützen [...] vorbehaltlos“ diese Außenpolitik und tun nichts, was „ihrer Wirksamkeit schaden könnte“. Unkritische Solidarität gegenüber dieser „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ einzelner Staaten ist auch angesagt in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der NATO. Das Verhältnis ist geklärt, auch

Nicht-NATO-Staaten sind nun fortan dabei. Apropos geklärte Verhältnisse: „Gemeinsam handelnd können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine eindrucksvolle Kraft sein, die sich für das Gute in der Welt einsetzt.“ (Javier Solana, außenpolitischer Koordinator der EU)

**Der globale Krieg gegen den Terror**  
Während die EU-Verfassung das neoliberale Wirtschaftsmodell festschreibt, müssen die Auswirkungen dieses Armutsprogramms nun auch weltweit bekämpft werden. Die Regierenden der EU sehen „Europa einer sehr ernstesten Bedrohung ausgesetzt“, seitens „extrem gewaltbereiter

Terroristen“, der „Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen“ und dem „Scheitern staatlicher Systeme“ (Javier Solanas Strategiepapier). Wenn auch Waffen Waren sind und einige Staaten dem Ausverkauf ihrer Infrastruktur nichts entzogen haben, sind aber zumindest die letzten beiden Punkte Folgen des ‚freien Welthandels‘. Dann muss eben auch die EU extrem gewaltbereit sein. Dazu werden für die „vom Ministerrat festgelegten Ziele“ auch alle „zweckdienlichen Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“ (Art III-207) getroffen.

**Stoppt die EU-Verfassung!**  
Vor dieser Verfassung kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, sie muss gestoppt werden. Der Ruf nach einem nationalen Referendum ist ebenso wichtig, wie eine europaweite Kampagne gegen diese Verfassung. Wer es ernst meint mit „Nie wieder Krieg!“ ist nun aufgerufen das Grundgesetz zu verteidigen. „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ (Art. 20)

- Bernd Barenberg (PDS)

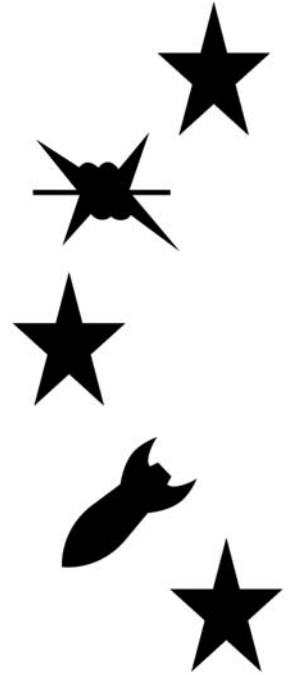
dem Genfer Flüchtlingsabkommen stehen, aber die Einzelstaaten können die Asylbedingungen selber bestimmen (III-167). Tatsächlich umgibt die Union ihre Außengrenzen mit einem Wall aus Nato-Draht und Schussanlagen und forciert eine rigide Abschiebepraxis.

**Europa braucht eine andere Verfassung.**  
„Diese Verfassung ist brandgefährlich“, sagt der Gründer und langjährige Vorsitzende des Europäischen Gewerkschaftsbundes Georges Debunne. „Sie darf nicht hingenommen werden, solange es bei sozialen Fragen und Steuern ein Vetorecht der Einzelstaaten gibt. Denn bei 25 Staaten wird es immer einen geben, der eine anti-soziale Politik treibt. Die sozialen Rechte müssen in der Charta der Grundrechte ausdrücklich garantiert werden. Es bedarf eines Rechtsmittels, um europäische Tarifverhandlungen zuzulassen.“ Mit der Verfassung tritt die EU der Europäischen

Menschenrechtserklärung bei, warum nicht auch der Europäischen Sozialcharta, die viel weiter gehende Rechte enthält und z.B. in Art.1 fordert: „Jedermann muss die Möglichkeit haben, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen?“ Und in Art. 4: „Alle Arbeitnehmer haben das Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt, das ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert?“ Oder auch das „Recht auf soziale Sicherheit“?

Die Behauptung, ohne Verfassung versinke Europa im Chaos, ist wissenschaftlich falsch und unverantwortliche Stimmungsmache. Dann müßten wir schon längst im Chaos versunken sein. Eine EU-Verfassung, die diesen Namen verdient, muss Ausdruck einer souveränen Entscheidung aller Bürgerinnen und Bürger der EU sein.

- Angela Klein (PDS)



Demokratisierung der EU

# Die EU wird mit der Verfassung demokratischer

Seit ihrer Gründung lebt die Gemeinschaft mit einem schwerwiegenden Geburtsfehler: Nur demokratische Staaten können Mitglied werden, während die wesentlichen Entscheidungsprozesse in der EU bislang nur unzureichend demokratischen Erfordernissen entsprechen.

Dazu gehört vor allem die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments (EP) und der nationalen Parlamente. Das EP wird erstmals gleichberechtigter Ko-Gesetzgeber mit dem Ministerrat und erhält volles Haushaltsrecht. Die nationalen Parlamente werden durch die Einführung eines neuen Interventionsmechanismus im Rahmen der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips neue Einflussmöglichkeiten auf die europäische Politik erhalten. Vorbei sein werden die Zeiten, wo der Ministerrat als Gesetzgeber geheim hinter verschlossenen Türen tagte.

Als größter Erfolg im Sinne von „Mehr Demokratie in Europa“ ist das mit Artikel I-47 Absatz 4 verankerte Bürgerbegehren auf europäischer Ebene zu werten. Möglich wurde es, weil im Verfassungskonvent sowie außerhalb eine engagierte Kampagne lief, die von NGO aus mehreren EU-Mitgliedstaaten, wie z.B. „IRI Europe“ (Amsterdam) und „Mehr Demokratie“ (Berlin), getragen und schließlich auch von über 100 Konventsmitgliedern unterstützt wurde. Gerade

dort, wo die herkömmliche „Parteiendemokratie“ nicht mehr hinreichend (oder noch nicht) funktioniert, ist Bürgerpartizipation ein umso dringlicheres Anliegen. Dies trifft besonders auf die Europapolitik zu, die viel zu wenig öffentlich diskutiert wird. Hier können Bürgerbegehren helfen. Die damit verbundene Einnahme einer über Ländergrenzen hinweg reichenden Perspektive sowie die Befassung mit Entscheidungsmechanismen auf EU-Ebene können ein europäisches Selbstverständnis herausbilden, das bis heute leider nur selten unter Bürgerinnen und Bürgern anzutreffen ist. Kurzum: Europäische Bürgerbegehren können eine europäische Öffentlichkeit schaffen. Sie können dazu beitragen, die Kluft zwischen Europa und seinen Menschen zu verringern.

Um den Prozess der Demokratisierung der EU weiter voranzutreiben, ist es erforderlich, dass jetzt überall Referenden über die Verfassung stattfinden. Europa benötigt die unmittelbare Legitimation durch seine Bürgerinnen und Bürger. Da die Verfassung das Zusammenleben der Völker

und Staaten für eine lange Zeit prägen wird, ist dieses Anliegen umso dringlicher. Geeignet wäre ein Datum um den 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und Europatag, wofür sich die PDS ausgesprochen hat.

Von daher verdient der neuerliche Gesetzesvorstoß der SPD für einen Volksentscheid in Deutschland Unterstützung. Er darf nicht zu einem Schwarzen-Peter-Spiel verkommen, weshalb sich vor allem die CDU bewegen muss, damit im Bundestag eine Zwei-Drittel-Mehrheit zur Änderung des Grundgesetzes zustande kommt. Außerdem müssen die Bürgerinnen und Bürgern mit den zentralen Inhalten der Verfassung vertraut gemacht werden. Öffentliche Informations- und Diskussionsforen sind zu organisieren. Dazu gehört nicht zuletzt, endlich eine konstruktive Zusammenarbeit mit NGO und der Zivilgesellschaft aufzunehmen, die sich seit Jahr und Tag für mehr direkte Demokratie engagieren.

- Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP (PDS)

Flüchtlingsschutz

# Internierungslager am Rande der Sahara?

Als im Sommer die Aufsehen erregende Aktion der Cap Anamur das Sterben im Mittelmeer in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückte, hätte die Reaktion des Bundesinnenministers nicht absurder ausfallen können. Schily forderte, Flüchtlinge aus Afrika im Mittelmeer abzufangen und in Flüchtlingslagern in Nordafrika zu verfrachten.

Die Asylverfahren sollen laut Schily in den Lagern von EU-Beamten durchgeführt werden. Eine gerichtliche Kontrolle der Entscheidungen soll es nicht geben – ebenso wenig wie einen Anspruch auf Einreise in die EU. Schily gab vor, ihm ginge es darum die Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer zu bewahren. Es ist jedoch offensichtlich, dass sich niemand von der Überfahrt nach Europa abhalten lassen wird, weil er stattdessen nordafrikanische Lager aufsuchen könnte. Schily geht es nicht um Humanität – sondern um die Auslagerung des Flüchtlingsschutzes. Europa soll flüchtlingsfrei gemacht werden.

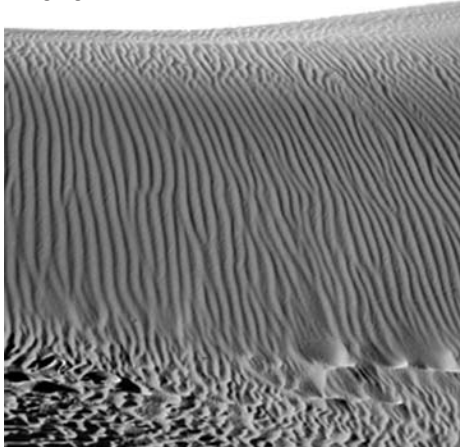
Die Empörung über Schilys Vorschlag war groß. Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl kritisierten, dass derartige Lager in Nordafrika völkerrechtswidrig und grundgesetzwidrig seien. Staaten wie Libyen haben nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Verschiedene europäische Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen haben sich in einem Appell vom 12. Oktober 2004 gegen die Errichtung von Lagern an den europäischen Grenzen gewendet und es sich nicht nehmen lassen, „Camps“ zu nennen, was einige europäische Innenminister „assistance centers“ nennen würden.

Massive Kritik gab es sogar von konservativer Seite: Wolfgang Schäuble wandte sich gegen die „Internierungslager am Rande der Sahara“. So treffend die Kritik war, so trotzig und jähzornig fiel die Reaktion Schilys daraufhin aus.

In einer Empfehlung des Europaparlaments vom 14.10.2004 lehnt die Mehrheit der EU-Abgeordneten Flüchtlingslager außerhalb der Europäischen Union ab. Das Parlament weist damit die Pläne des deutschen und italienischen Innenministers zurück und stellt stattdessen klar: „Flüchtlingslager“ außerhalb der Union bringen die „offensichtliche Gefahr“ mit sich, dass „die Grundrechte verletzt werden“.

Vorerst hat sich Schily mit seinem Vorschlag nicht durchgesetzt. Die Kommission der EU soll den Vorstoß prüfen. Zu befürchten ist allerdings, dass einzelne EU-Mitgliedstaaten schon jetzt anfangen mit nordafrikanischen Staaten über Modellprojekte zu verhandeln. Noch bevor sich die EU zu einer offiziellen Haltung durchgerungen hat, könnten so Fakten geschaffen werden.

Manche EU-Mitgliedstaaten schecken nicht davor zurück, im Alleingang europäische Asylpolitik in die Hand zu nehmen. Italien ging im Sommer sogar so weit, offen gegen internationales und ita-



lienisches Recht zu verstoßen. Noch während sich Europa mit dem so genannten Schily-Pisanu-Vorschlag auseinandersetzte, Auffanglager in Nordafrika zu errichten, hat Schilys Achsenpartner aus Italien bereits kurzen Prozess gemacht. Ohne Prüfung der Fluchtgründe wurden über tausend Menschen nach Libyen abgeschoben – in ein Land, das die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat. Neben dem Vorstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention hat Italien die Europäische Menschenrechtskonvention und die EU-Charta der Grundrechte verletzt.

Die deutsche Bundesregierung hat dieses Vorgehen nicht kritisiert. Außenminister Fischer fühlt sich nicht zuständig. Dies, obwohl es sich Europapolitik als Profilierungsschwerpunkt auf die Fahnen geschrieben hat. Eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik sieht anders aus. Schily wird versuchen, sein Lagerkonzept auf EU-Ebene durchzusetzen. Die deutliche Kritik von den verschiedenen politischen Akteuren war richtig und notwendig. Nun müssen die politischen Konsequenzen gezogen werden. Schily muss seinen Vorschlag zurückziehen!

- Marei Pelzer (Referentin bei PRO ASYL)

## Ausreisezentrum vs. Abschiebegefängnis

Abschiebehaft darf nur angeordnet werden, wenn Abschiebung tatsächlich möglich ist und darf höchstens 18 Monate dauern.

In den „Ausreisezentren“ sollen Personen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber nicht abgeschoben werden können (etwa durch nicht feststellbare Identität, keine Abschiebemöglichkeit in das jeweilige Land, Krankheit, Schwangerschaft), zu einer „freiwilligen“ Ausreise genötigt werden.

Seit 1998 schießen Ausreisezentren wie Pilze aus dem Boden. Dies nicht etwa weil diese billiger wären oder die Verfahren erleichtern würden. Oft werden erhebliche

Mehrkosten von den Bundesländern in Kauf genommen, um es den Flüchtlingen so unangenehm wie möglich zu machen. „Wenn man so will, kann man es als eine Zermürbetaktik bezeichnen“ (Christoph Hammer, Leiter ARZ Fürth). Die Einweisung ins Lager erfolgt z.B. als Auflage zur Duldung und ist zeitlich unbegrenzt möglich.

Nach § 1A Asylbewerberleistungsgesetz sind die Leistungen für Personen, deren „Abschiebung aus von Ihnen zu vertretenden Gründen nicht vollzogen werden kann“ „eingeschränkt“, d.h. Unterstützung ist unterhalb des Sozialhilfeniveaus. Sie kann

laut § 3 als „Sachleistung“, also Tiefkühlkost oder Lebensmittelgutschein, Kleidung aus Kleiderkammern zugeteilt werden.

Gewährt wird nur, was „unabweisbar geboten“ ist. Dies gilt auch für die Gesundheitsversorgung: Nur akute, lebensbedrohliche Krankheiten werden von Fachärzten behandelt. Beschulung der Kinder ist theoretisch erwünscht, findet aber in wenigen Bundesländern tatsächlich statt. Eine Arbeitsaufnahme ist untersagt. Durchschnittlich die Hälfte der LagerinsassInnen kapiert über kurz oder lang die Botschaft und taucht ab in die Illegalität.

- Astrid Papendick

Anti-Lager-Action-Tour

# Abschiebehaft abschaffen!

In Deutschland einmalig befindet sich in Eisenhüttenstadt die Zentrale Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge auf demselben Gelände wie die zentrale Abschiebehaftanstalt. Siedelt man dann noch den Sitz einer großen privaten Sicherheitsfirma (B.O.S.S.), die den Abschiebeknast „betreut“, und eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von ausländischen Flüchtlingen darauf an, ergibt das den Inbegriff des deutschen Abschiebesystems.

Die Entscheidung in Eisenhüttenstadt Halt zu machen fiel nicht zufällig. Das ehemalige NVA-Gelände, auf dem sich heute die Erstaufnahmestelle und der Abschiebeknast Brandenburgs befinden, liegt abgeschottet am Rande der Stadt, umgeben von einigen Plattenbauten und Schrebergärten. Ein meterhoher, mit Stacheldraht gesicherter Zaun isoliert das Gelände komplett, welches in der Vergangenheit immer wieder Ziel rassistischer Angriffe wurde. So kam es seit 1992 zu mehreren pogromartigen Brandschlägen und Überfällen auf Insassen. Lokale Gruppen, die antirassistische Arbeit leisten, gibt es nicht. Eine unabhängige Rechtsberatung ist in Eisenhüttenstadt weder in der Erstaufnahmestelle noch im Abschiebeknast vorhanden. Bemühungen von Seiten verschiedener Flüchtlingsgruppen Informationen auszulegen oder konkrete Angebote z.B. vom Deutschen Anwaltverein (DAV) wurden mit der Begründung, dass kein Bedarf bestehe, vom brandenburgischen Innenministerium abgelehnt.

Im Jahr 2000 kritisierte das europäische Anti-Folter-Komitee neben der nicht vorhandenen unabhängigen Rechtsberatung vor allem die Zelle 2008 des Abschiebeknastes in Eisenhüttenstadt. Im Boden eingelassene Metallringe dienten offensichtlich dazu Häftlinge mit gespreizten Armen und Beinen auf dem Boden zu fesseln. Nach Protesten wurden diese demontiert, doch wird die Zelle weiterhin zur Isolation von „unruhigen“ Häftlingen genutzt, und in der „Beruhigungszelle“ ist immer noch eine Fesselbett in Betrieb, auf dem Menschen mit dem Gurtsystem „Segufix“ gefesselt werden. Seit März 2001 wurden 19 Personen dort teilweise über 29 Stunden am Stück festgehalten. Wie willkürlich dies geschieht, sieht man daran, dass es keine klaren Richtlinien über Dauer und Gründe für Fesselungen gibt. Es scheint so, als dienen sie einzig und allein dazu die Inhaftierten zu demütigen und ihren Willen zu brechen. So ist es kein Wunder, dass immer wieder Berichte über Misshandlungen, unzureichende medizinische Versorgung und Selbstverstümmelungs- bzw. Suizidversuche nach draußen dringen. Eine vietnamesische Frau verlor ihr Baby, weil sie trotz wochenlangem Blutungen nicht behandelt wurde, eine andere Frau versuchte sich durch die Einnahme von Haarpflege- und Desinfektionsmitteln selbst umzubringen. Gegen diese Zustände gilt es zu protestieren.

Das Bündnis „Alliance of Struggle“ versucht seit dem Pfingstcamp 2003 von Berlin aus konstant zu Eisenhüttenstadt zu arbeiten. Aktionstage, Verhinderung von Abschiebungen, Recherchearbeit, regelmäßige Besuche im Abschiebeknast und der Aufbau einer kostenlosen und unabhängigen Rechtsberatung haben sie sich zur Aufgabe gemacht. Hunderte von TeilnehmerInnen stellten im Rahmen der Anti-Lager action tour ein bisher nie da gewesenes Potenzial an UnterstützerInnen gegen Abschiebung und Ausgrenzung.

- Dorina Derwanz

Anzeige

**Erlesenes erhalten**

Bei dem miserablen Zustand – verglichen mit der internationalen Situation – der deutschen Öffentlichkeit, wo nichts offen ist und wo kein Licht ist, dass da eine Zeitschrift, eine Tageszeitschrift, überfällig ist, ist keine Frage!

Also bist du auch dafür und wärest bereit mitzuarbeiten?

Ja, na klar!

Rudi Dutschke

**taz muss sein.**

Das taz-Probeabo 5 Wochen taz für 12,50 €

abo@taz.de www.taz.de

**Manche mögen diese BILDUNG ...**

**... andere wollen es genau wissen.**

*„Regelmäßiges Zeitungslernen erhöht die beruflichen Chancen junger Menschen.“ Dieter Wolf, BDDY*

**Neues Deutschland**

**ND: Ihr Zugangscode zu guter Bildung – ohne numerus clausus – jetzt im Abo**

- Probeabo: 14 Tage kostenlos und unverbindlich  
- Studentenabo: nur 13,50 € monatlich

ND-Aboservice: Tel.: (030) 293 90-800, Fax: 630 • aboservice@nd-online.de

**Lust auf Veränderung**

Die Tageszeitung **junge Welt**

Sozialstaatserschläger

Organisation 3, Schreckentempo 6, Entgelting 7, Kurze Paare 9

**... jetzt am Kiosk: mehr Format, mehr Inhalt, mehr junge Welt**

10. Rosa-Luxemburg-Konferenz: Samstag, 8. Januar 2005, Berlin

„Terrorismusbekämpfung“

## Erosion moderner Rechtsstaatlichkeit

Die Debatte um die Sicherungshaft für terrorismusverdächtige Ausländer liefert ein drastisches Beispiel für die Einführung polizeirechtlicher Standards in das moderne Rechtssystem, durch die sein rechtsstaatlicher Gehalt zu erodieren droht.

Während Polizeirecht den beiden Empire-Autoren zufolge das rechtliche Fundament einer neuen Weltordnung bildet (Hardt/Negri), trägt ebenfalls das 2004 verabschiedete Zuwanderungsgesetz Züge eines Fremdenpolizeirechts (Prantl). Das sich anfangs noch an Integrationsfragen orientierende Gesetzesvorhaben wurde nach den Terroranschlägen von New York und Madrid der Debatte um Innere Sicherheit eingeholt und mündete schließlich in einer durch Schily und die Unionsparteien angeregten Diskussion um eine Sicherungshaft – also darüber, wie Leute dauerhaft eingesperrt werden können, die keine Straftat begangen haben. Erst die Kritik aus Reihen der Grünen, SPD und FDP führte dazu, dass mit der Einführung von § 58a und § 62 II 1a AufenthG lediglich eine Erweiterung bestehender Regelungen umgesetzt wurde. Glaubt man allerdings der CDU-Chefin Merkel, ist das Konzept der Sicherungshaft damit noch nicht vom Tisch. Dieses sieht, unter weitgehender Adaption des britischen Modells, eine auf etwa zwei Jahre begrenzte Inhaftierung terrorismusverdächtiger Ausländer vor, die gem. Art. 3 EMRK aufgrund von Bedingungen in ihren Heimatländern nicht abgesprochen werden können. Diese nach ihrer Eingriffstintensität mit der strafrechtlichen Freiheitsstrafe vergleichbare Verwaltungshaft basiert indes weder auf strafprozessualen fair-trial-Prinzipien, noch auf einem konkreten Haftungsgrund.

Vielmehr stützt sie sich auf bloße Gefahrenprognosen und eröffnet somit den Raum für unkontrollierte staatliche Willkür. Insofern Freiheitseinschränkungen unter dem verfassungsmäßigen Gebot der Verhältnismäßigkeit stehen und das BVerfG dabei grundsätzlich die Maßgabe in dubio pro libertate verfolgt, ist eine Feststellung verfassungsrechtlicher Grenzen der Sicherungshaft zur polizeilichen Gefahrenabwehr die konsequente Folge. Ferner bildet nach dem EGMR Art.5c EMRK keine Grundlage für präventive Freiheitsentziehungen sowie ist eine solche nach Art.5f EMRK nur im Rahmen eines voranschreitenden Abschiebungsverfahrens rechtmäßig, so dass auch hier rechtsstaatliche Defizite vorliegen.

Die Verknüpfung der Debatte um die Sicherungshaft mit der Person des Hasspredigers Kaplan macht indes deutlich, dass die heute nahezu beliebige Verfügbarkeit über rechtsstaatliche Tabus nicht zuletzt auch das Ergebnis politischer Instrumentalisierung und Symbolgesetzgebung ist. Es darf mithin nicht vergessen werden, dass der Terror über seine reale Bedrohungsdimension hinaus der Politik auch ermöglicht, die eigentlich problembehafteten Strukturen einer Gesellschaft ungelöst zu belassen und dennoch den Kampf um Ordnungskompetenz zu gewinnen.

- Daniel Klösel

Kriminalisierung

## Freibeuter im Internet

Die Musik-Industrie klagt über ihre wirtschaftliche Misere, und mit deutlich an Schärfe gewinnendem Ton weiß sie auch die Schuldige dafür auszumachen: die getauschte und gebrannte Privatkopie. Auf diese hat der Konsument aber sein gutes Recht. Die Hilflosigkeit der Industrie offenbart sich währenddessen in der gezielt verunsichernden „Hart-aber-gerecht“-Kriminalisierungskampagne.

Mit dem Auftauchen des Magnettonbandes gab es 1965 Anlass, das Urheberrechtsgesetz (UrhG) in seine heutige Form zu bringen. Das Jammern der Musikindustrie vernahm sich damals ähnlich wie dieser Tage. Der Bundesgerichtshof gab ihr im Zuge einer Klage Recht, denn die Tonbandaufnahme erlaube die Kopie geschützter Werke „ohne Qualitätsverlust“. Dem geforderten Verbot der analogen Privatkopie schloss sich der Gesetzgeber dann aber aus vorrangig drei Gründen nicht an: Erstens unterliege das Recht auf „geistiges Eigentum“ einer einschränkenden Sozialbindung; darunter fällt der freie Zugang zu (kulturellen) Informationen. Weiter ließe sich ein Verbot nur unter nicht wünschenswerten Einschränkungen von Grundrechten – Denunziation und groß angelegte Wohnungsdurchsuchungen waren die befürchteten Folgen – durchsetzen. Schließlich seien die Künstler und Urheber mehr an einer Vervielfältigung als an der Einschränkung ihrer Werke interessiert. Ergebnis war, die Privatkopie zu erlauben und stattdessen für Kopien geeignete Tonträger und Tonbandträger mit einer Abgabe an die Urheber zu belasten.

Rückwärts in die Zukunft

Im September 2003 und damit fünf Jahre nach dem unerwarteten Erfolg der Musiktauschbörse Napster erfolgte nicht zuletzt auf Druck der in die roten Zahlen getriebenen Unterhaltungsindustrie erneut eine Novellierung des UrhG. Statt mit neuen Ideen im „Digitalzeitalter“ lief parallel eine drastische Kampagne der

Filmindustrie gegen die „Raubkopierer“ an. Millionen von Usern werden darin als Schwerverbrecher gebrandmarkt. Die drastische Rhetorik und das hilflose Fuchteln mit Strafgesetzbuch weisen dabei in die falsche Richtung.

Offensichtlich (il-)legal?

Vor allem ist die strafrechtliche Stigmatisierung faktisch falsch. Denn die neue Gesetzeslage stellt die Vervielfältigung eines urheberrechtlich geschützten Werkes – einer Musik-CD, einer DVD oder einer mp3 – nur dann unter Strafe, wenn keine Einwilligung des Berechtigten oder ein sonstiger gesetzlich zugelassener Fall vorliegt (§ 106 UrhG). § 53 regelt einen solchen Fall: ihm zufolge sind einzelne Kopien zum privaten Gebrauch legal, „soweit nicht zur Vervielfältigung eine offensichtlich rechtswidrig hergestellte Vorlage verwendet wird“. Wird eine CD rechtmäßig erworben und kopiert, ist die Kopie legal.

Allerdings ist es auch weiterhin nach § 106 und dem ergänzend eingeführten § 19 a UrhG nicht erlaubt, diese Kopien in einem der sogenannten File-Sharing-Netze einer größeren Öffentlichkeit frei zum Download anzubieten. Ist die Kopie allerdings rechtmäßig erstellt worden – z.B. als mp3-Kopie einer gekauften CD – so ist zumindest das Herunterladen legal.

Die Rechtmäßigkeit einer Kopie in Tauschbörsen lässt sich aber nur bei angebotenen Filmen vor ihrem offiziellen Verkaufsstart sicher nachweisen, solange die Original-DVDs nicht erhältlich sind.

Anzeige

**www.alibri.de**  
Alibri – Forum für Utopie und Skepsis



**STOFFKUNDE**

**Stoffkunde**  
Drogen: Was wirkt wie und warum  
Hrsg. von JungdemokratInnen / Junge Linke  
ISBN 3-932710-50-9, 119 Seiten, kartoniert, Euro 7,-  
Amphetamine \* Cannabis \* Kokain \* Halluzinogene (LSD) \* Ecstasy (MDMA) \* Opiate sowie Safer Use von Heroin \* Erste Hilfe \* Rechtshilfe-Infos \* Drogen und Führerschein u.v.m.

Jörg Sundermeier  
**Der letzte linke Student**  
ISBN 3-932710-85-1, 155 Seiten, kartoniert, Euro 13,-  
Der letzte linke Student ist ein naiver Linker, in dessen Denken und Handeln Kurzschlüsse und Fehlleistungen der Linken mit viel Ironie vor Augen geführt und reflektiert werden.

Marvin Chlada  
**Der Wille zur Utopie**  
ISBN 3-932710-73-8, 254 Seiten, Abb., kartoniert, Euro 16,-  
Eine Odyssee durch das Universum der sozialen Phantasien von der Antike bis zur Postmoderne – und zugleich eine Einladung selbst die Lust zu entdecken, soziale Einbahnstraßen zu verlassen und bisher unerforschten Fluchtlinien zu folgen.

Martin Finkenberger / Horst Junginger (Hrsg.)  
**Im Dienste der Lügen**  
Herbert Grabert (1901-1978) und seine Verlage  
ISBN 3-93271076-2, 180 Seiten, kartoniert, Euro 13,50  
Eine Studie über eine zentrale Kommunikationsplattform der extremen Rechten in Deutschland.

Rechte Szene

## Nazis in Zivil

Vertreter rechtsextremer Parteien distanzieren sich öffentlich von den provokant auftretenden Stiefelnazis. Dafür gibt es gute strategische Gründe, denn die lose organisierten und militanten Jugendlichen sind zu selten bereit, sich ernsthaft politisch zu engagieren. Aber auch die rechte Jugendkultur selbst ist im Wandel begriffen.

Speziell die NPD sah sich nach dem gescheiterten Verbotverfahren, der Abspaltung großer Anhängerschaftsteile aus dem neonazistischen Kameradschaftsspektrum, starken Mitgliederverlust und einer drohenden Parteipleite, zu einer Neuorientierung gezwungen. Insbesondere im Rahmen der wöchentlichen Anti-Hartz-Proteste gelang es bei den letzten Landtagswahlen der DVU in Brandenburg und im Saarland sowie in Sachsen der NPD erfolgreich an die Proteste anzuknüpfen. Bundesweit stellen sie sich als die letzte „nationale Fundamentalopposition“ gegenüber den etablierten Parteien dar. Begleitet wird die Parteienpolitik vom Ausbau einer (pseudo-)zivilgesellschaftlichen Basis. In Bürgerinitiativen kämpfen Rechtsextreme – bewaffnet mit Unterschriftenlisten – gegen die Errichtung von „Asylantenheimen“, für „saubere Städte“ und „nationale Jugendzentren“.

Die Szene lebt weiter!

Das veränderte Auftreten in der Öffentlichkeit trägt einen Teil zu dem Erfolg der neuen Strategie bei: Dank strenger Auflagen von Initiatorseite tragen die Glatzen – vormalig in Bomberjacken und Springerstiefeln – nun gepflegte, modische Kurzhaarfrisuren und

Kleidung ganz ohne mysteriöse Zahlencodes oder NS-Symboliken. Im militanten Kameradschaftsspektrum ist daneben der Trend zu kleineren, autonomen Gruppierungen zu verzeichnen, die auf ihre Art subversiv den „Globalkapitalismus und das BRD-Regime“ zerschlagen wollen. Insgesamt sind die „Freien Kameradschaften“ sowie die junge, rechte Skinheadszene auch weiterhin ein unentbehrlicher Absatzmarkt für Musikbands und eingegliederte Wirtschaftsunternehmen (im Versandhandel) und bilden über Umwege eine tragende Finanzierungssäule faschistischer Organisationen.

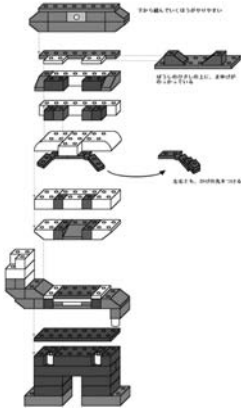
Neu ist dabei auch das Outfit der sogenannten Autonomen Nationalisten und Anti-Antifa-Gruppen. Bekleidet mit Streetwear-Mode im Carhartt-Style und abgeänderter Antifa-Symbolik bilden sie auf Demonstrationen immer größere „schwarze Blöcke“.

Der ganze Erfolg der umfassenden Neuorientierung der Extremen Rechten scheint dem Verfassungsschutz dabei zu entgehen: das Gesamtaufkommen an Rechtsextremisten wird im VS-Bericht 2003 als rückläufig beschrieben.

- Michael Rümmler



- Daniel Leisegang



## Rollback im Klassenzimmer

„Angeknackste Helden“ so überschreibt der Spiegel im Mai 2004 einen Artikel, in dem (erneut) der Bildungsnotstand ausgerufen wird, wobei nach gestressten LehrerInnen (46/2003) nun die Jungen im Zentrum des Interesses stehen. Die haben nämlich ihre „Männlichkeit“ verloren, die „Kerle (...) manövrierten sich ins Abseits“. Auf breiter Front wird problematisiert, dass Mädchen in der Schule, insbesondere in den privilegierten Schulformen, die besseren Noten bekommen und sich sozial genehmer verhalten, während bei den Jungen eine „handfeste Versagerquote“ entwickelt. Dementsprechend wird auch die zunehmende Teilnahme von Frauen an früher als „männerdominiert“ angesehenen Studiengängen wie Maschinenbau oder Elektrotechnik nicht als Fortschritt, sondern als Bedrohung für die männliche Identität der nicht-weiblichen Teilnehmer entschlüsselt: Diese nur allzu geläufige Konstruktion von Männlichkeit geht schlussendlich davon aus, dass es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn Jungs hinter Mädels zurückbleiben, wobei dies nicht auf Erziehung und soziale Verhältnisse, sondern unbedingt auf die Gene zurückgeführt wird; so kommt man vom Klassenzimmer ganz schnell zum Jäger und Sammler.

Was hier beobachtet werden kann, ist ein Rollback sowohl im Bereich der Geschlechterverhältnisse als auch eine Verstärkung des ökonomistischen Blicks auf Schule und Bildung: So wird einerseits beklagt, dass die „Versager“ von heute nicht zu den Spitzenverdienern von morgen werden können („die eine Gesellschaft so dringend nötig hat“), und andererseits auch auf dem Heiratsmarkt wenig Chancen hätten.

Gänzlich unterbleibt bei dem beschränkten Blick der Spiegel-AutorInnen der Blick über den eigenen Tellerrand, bzw. über die deutschen Grenzen hinaus: Ihre vorschnellen Schlüsse würden im Angesicht von gerechteren Bildungssystemen wahrscheinlich zerschellen. Aus emanzipatorischer Perspektive kann dieser Versuch, über die geschlechtsspezifischen Diskriminierungsmechanismen und Prozesse im Bildungssystem hinwegzusehen, nicht zufrieden stellend sein. Denn die Frage, warum trotz der anscheinend Gott gegebenen Überlegenheit der Mädchen in der Schule in der Privatwirtschaft und im Staatsapparat dennoch nicht die besser dotierten Posten bekleiden werden, nur kurz angeschnitten; hier bleibt man gänzlich auf der Oberfläche des Problems sitzen.

- Alban Werner

Anzeige

Probefreitag: (030) 25 00 87-0

# Freitag

Die Ost-West-Wochenzeitung

### Berufliche Bildung

## Garantierte Ausbildung – für alle!

Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) regelt bundesweit die Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung. Momentan ist das längst überholte BBiG von 1969 die rechtliche Grundlage der beruflichen Bildung in Deutschland. Zeit also für eine grundlegende Novellierung. Und zu verbessern gibt es in der beruflichen Bildung genug.

Angefangen vom Rechtsanspruch auf Ausbildung über die Qualität der beruflichen Bildung bis hin zur Internationalisierung der beruflichen Bildung gibt es viel zu tun. Doch beim BBiG ist es wie mit vielen anderen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auch: es gibt eine Mischung aus Halbherzigkeit, Orientierungslosigkeit und Rückschritten.

### Rechtsanspruch auf Ausbildung – weiter Zukunftsmusik

Es gibt laut Grundgesetz Artikel 12 Abs. 1 das Recht auf freie Berufswahl. Das gilt auch für die Ausbildung. Zwischen der Zahl der BewerberInnen und der Zahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze klafft mittlerweile eine Lücke von rund 250.000. Die Durchsetzung des Rechtsanspruches auf Ausbildung muss daher das zentrale Ziel der BBiG-Novelle sein.

Mit dem Modell der Umlagefinanzierung haben die Gewerkschaften lange für einen Weg gekämpft, der verbindlich für mehr betriebliche Ausbildungsplätze sorgen sollte. Nach dem einfachen Prinzip „Wer nicht ausbildet, muss zahlen!“ sollte ein klares Instrumentarium geschaffen werden, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Bundesregierung konnte sich allerdings nur dazu durchringen, für kurze Zeit mit der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe zu drohen. Diese hätte wie die Umlagefinanzierung wenigstens noch den Effekt gehabt, dass es zu mehr Finanzierungsgerechtigkeit in der beruflichen Bildung kommt. Denn über die Einnahmen aus der Abgabe hätten die vorhandenen Angebote in der außerbetrieblichen Ausbildung finanziert werden können, die zur Zeit voll aus Steuermitteln bestritten werden. Ausgaben, die allein aufgrund der fehlenden Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen bestehen und die öffentlichen Haushalte mit mehreren Milliarden Euro im Jahr belasten.

Stattdessen hat die Bundesregierung mit der Wirtschaft einen nationalen Pakt für Ausbildung geschlossen und sich auch bei der BBiG-Novelle vom Rechtsanspruch auf Ausbildung verabschiedet. Viele Unternehmen werden aufgrund des auf Freiwilligkeit basierenden Pakts gefeiert haben. So bleiben nicht ausbildende Unternehmen von Abgaben befreit und Zehntausende Jugendliche können weiter nach einer qualifizierten Ausbildung suchen.

### Die Verankerung einer modernen Berufsschule im BBiG

Momentan fallen die berufsbildenden Schulen dem Rotstift der Landesregierungen und Kommunen zum Opfer. Damit die berufsbildenden Schulen nicht zu einem „Museum der Arbeit“ mutieren, müssen Qualitätsstandards bei der technischen Ausstattung und beim Lehrkörper sowie moderne Unterrichtskonzepte greifen.

Die Berufsschulen sind aufgrund personeller und finanzieller

Engpässe häufig nicht in der Lage, ihren Teil der beruflichen Ausbildung auf einem ausreichenden und technisch aktuellen Niveau durchzuführen. Da sich aber das Zusammenwirken von theoretischem Unterricht und das Lernen in der Praxis bewährt hat, müssen Gelder bereitgestellt werden, um die Berufsschulen an die heutigen Gegebenheiten anzupassen. Weiterhin darf es zu keiner Streichung des zweiten Berufsschultages kommen. Denn seit langem fordern die Unternehmen, dass die Auszubildenden mehr arbeiten und nur noch einen Tag pro Woche in der Berufsschule sein sollen. Dies dient zwar den Unternehmen, geht aber auf Kosten einer qualifizierten Ausbildung. In Anbetracht der Tatsache, dass erlerntes Wissen immer schneller veraltet, ist eine qualifizierte theoretische Ausbildung aber unabdingbar. Schließlich müssen junge Menschen zukunftsfit ausgebildet werden.

Einem Ausgebildeten wird trotz seiner erworbenen Qualifikationen die akademische Reife verwehrt. Diese Eingangsvoraussetzungen müssen in vielen Bereichen geschaffen bzw. verbessert werden. Die Zugänge zu Fachhochschulen und zu Universitäten müssen ausgebaut und stärker beworben werden. Das Abitur darf nicht die einzige Zugangsvoraussetzung zu Hochschulen sein. Ausgebildete müssen die Möglichkeit haben, Studiengänge an Fachhochschulen/Universitäten zu beginnen. Alternative Zugangsmöglichkeiten müssen hier in vielen Bereichen geschaffen bzw. ausgebaut werden.

### Gleiches Recht für alle!

Es kann nicht angehen, dass Jugendliche, die einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz haben, von ihren Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen bleiben. Mittlerweile sind über 60.000 Auszubildende in überbetrieblichen Maßnahmen und können ihre Interessen nicht vertreten, da es kein Recht gibt, eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen. Gleiches Recht für alle! Auch in den überbetrieblichen Maßnahmen muss der Anspruch bestehen eine Interessenvertretung zu wählen.

Die anstehende Novellierung bietet den Rahmen für eine umfassende Modernisierung und Verbesserung der beruflichen Bildung in Deutschland. Der Referententwurf der Bundesregierung zeigt deutlich, dass diese Möglichkeit nicht genutzt wird. Sowohl die quantitative als auch die qualitative Dimension der beruflichen Bildung werden nicht entschieden verbessert. Stattdessen schlägt die Regierung mit der Einführung von zweijährigen Berufen (Fahrradmechaniker, ...) einen Weg ein, der in fehlender beruflicher Perspektive und Niedriglöhnen enden wird. Zukunft sieht anders aus!

- Frank Herrmann, DGB-Jugend Hessen  
www.bbgi-reform.de

### Hochbegabtenförderung

## Eine Handvoll Elite

Eine eindeutige, allgemein anerkannte Definition von Intelligenz existiert nicht. Am häufigsten wird die Bezeichnung „Leistungsfähigkeit bei der Bewältigung unbekannter Aufgaben“ oder schlicht „Intelligenz ist, was der Intelligenztest misst“ verwendet.

Der Durchschnitts-IQ liegt bei 100 Punkten. 95% der Bevölkerung besitzen einen IQ von 70 bis 130. Die restlichen 5% sind besonders ausgeprägt oder nur schwach begabt.

An einer Schule mit rund 1000 SchülerInnen gibt es statistisch gesehen 20 Personen (auf alle Jahrgangsstufen verteilt), die nach gängigen Intelligenztests einen „IQ über 130“ besitzen. Das bedeutet, dass im Idealfall – falls jemand merkt, dass sein/ihr Kind, seinE/ihrE SchülerIn „hochbegabt“ ist – diesen eine individuellere Förderung zuteil wird als den SchülerInnen, deren IQ im Normalbereich liegt. Immerhin geht das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) soweit zu sagen, dass einE SchülerIn mit einem IQ von 128 ebenso förderungswürdig ist wie einE SchülerIn mit einem IQ von 132.

In der Vergangenheit hat man versucht, die Gruppe der überdurchschnittlich Begabten in einer Schulform zusammenzufassen, dem Gymnasium. Für die nun noch kleinere Gruppe der besonders Begabten werden folgende Maßnahmen je nach Bundesland unterschiedlich praktiziert. Erstens: die Akzeleration, d.h. beschleunigendes Lernen. Der „Stoff“ bleibt gleich, nur der Zeitraum, in der er bewältigt werden muss, ist kürzer. Die SchülerInnen bzw. deren Eltern können zwischen dem Überspringen einer oder mehrerer Klassenstufen oder vorzeitiger Einschulung wählen.

Zweitens: Enrichment, d.h. vertiefendes Lernen, es werden zusätzliche Lernangebote bereitgestellt, wie z.B. Arbeitsgemeinschaften, Intensivkurse, Wahl eines dritten zusätzlichen Leistungskurses in der Sekundarstufe II oder Kooperationen mit Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen. Dabei wird in „innerer“ (individuelles Lerntempo), und „äußerer“ („Drehtürmodell“, stundenweiser

Besuch höherer Klassen) Differenzierung unterschieden.

Daneben existieren Mischformen wie altersgemischte Klassen, Schulen mit bilingualen Zügen und Spezialschulen.

Eine Grundschule aus Schleswig-Holstein stellte fest, dass individuelle Förderung keine isolierte Maßnahme für Hochbegabte darstellt, sondern alle SchülerInnen gleichermaßen betrifft. Da hat sie sicher Recht. Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass diese schönen Worte in den seltensten Fällen in die Tat umgesetzt werden. Die hessische Kultusministerin Wolff verlieh Ende des letzten Schuljahres 62 Schulen das Gütesiegel, weil sie hochbegabte SchülerInnen besonders fördern. Das für drei Jahre gültige Siegel wird verliehen, wenn sieben zentrale Kriterien erfüllt sind (u.a. Entwicklung begabungsbegabter individueller Förderpläne, Beratung von Eltern und LehrerInnenfortbildung). Dafür gibt's gegebenenfalls finanzielle Unterstützung durch Haushaltsmittel für „die Förderung Hochbegabter an hessischen Schulen“.

Im Ansatz sind darunter gute Ideen zu erkennen. LehrerInnenfortbildung, individualisiertes Lernen und altersgemischte Klassen sind Dinge, die letzten Endes jeden SchülerIn motivieren würden, nicht nur die die angepeilte Elite. Trauriger Nebeneffekt der Förderung scheint angesichts knapper Finanzen die Vernachlässigung der „normalen“ Schulen und Klassen zu sein. Die Bildungsverantwortlichen sollten daran erinnert werden, dass Bildung den ganzen Menschen zum Ziel hat und dass ein offener und individueller Zugang zu Bildung für alle dem Ziel einer demokratischen, emanzipatorischen Gesellschaft am nächsten kommt.

- Charlet Flauaus

Kriegsberichterstattung

# Selbstverständlichkeiten des Medien-Krieges

Die Berichterstattung über den letzten Krieg im Irak ist von „ExpertInnen“ häufig gelobt worden. Die JournalistInnen seien weniger einer einseitigen Propaganda aufgefressen, seien kritisch gewesen und hätten auch KriegsgegnerInnen zu Wort kommen lassen.

Seit dem zweiten Golfkrieg (1991) können wir Kriege live miterleben – fast so wie Sportereignisse, nur dass die Kameras nicht ganz so nah dran sind. Was man sieht, sind nichts-sagende Bilder, die auch ein Feuerwerk zeigen könnten. Und wenn man gar nichts sieht, weil wie im dritten Golfkrieg keine Bilder von der Front oder der Bombardierung einer Stadt vorliegen, dann kommen die ExpertInnen ins Studio und geben Hintergründberichte zum Besten. Und genau hierin liegt die besondere Problematik der Fernsehberichterstattung: Sie muss die Sendezeit ausfüllen und zwar angesichts der Wichtigkeit des „Großereignis Krieg“ in größerem Ausmaß als bei anderen Ereignissen.

Dadurch entsteht ein Zwang zur Berichterstattung, der dazu führt, dass auch dann berichtet wird, wenn aktuell nichts geschieht. In Kriegszeiten gelten VertreterInnen des Militärs als besonders kompetent. Daneben kommen PolitikwissenschaftlerInnen oder – wie im Fall des Irak-Krieges – auch mal IslamwissenschaftlerInnen zu Wort.

Allen gemeinsam ist, dass sie den Krieg nicht als das Problem selbst ansehen, sondern als den mehr oder minder legitimen Versuch, einen Konflikt zu lösen, den man mit anderen Mitteln nicht lösen zu können glaubt. Auch in Bezug auf die Konsequenzen des Krieges gehen die meisten ExpertInnen in die Argumentationsfalle der Krieg treibenden Parteien: Es wird unterschieden zwischen unschuldigen zivilen Opfern und – dann ja wohl schuldigen – Opfern unter den SoldatInnen. Die Grausamkeiten des Krieges, meist nur der einen Seite, werden aufgedeckt als bedauerliche Entgleisungen. Dies erweckt den Eindruck, als könnte es einen Krieg geben, der in irgendeiner Form regelgerecht, korrekt und ohne unschuldige Zivilopfer vonstatten geht. Damit wird verschleiert, dass eines der Ziele jedes Krieges darin besteht, die Zivilbevölkerung durch militärische Grausamkeiten zu demoralisieren, damit sie die Armee des bekriegten Landes nicht mehr unterstützt.

Diese Kritik äußert auch der Friedensforscher Johan Galtung an der Kriegsberichterstattung,

die er durch eine Friedensberichterstattung ersetzen möchte. Dazu müssen die JournalistInnen den gedanklichen Fallstricken entweichen, dass Krieg ein „Spiel“ mit Verlierern und Gewinnern sei, dass es bessere und schlechtere Kriege gebe, dass Frieden bereits die Abwesenheit von Krieg sei und dass Krieg die Entscheidung einzelner Regierender sei. Galtungs Gegenkonzept des Friedensjournalismus kritisiert folglich nicht nur die offene Zensur, sondern auch die unreflektiert übernommenen Voraussetzungen der Berichterstattung. Dies erfordert jedoch enorme Umdenkungsprozesse bei den JournalistInnen, die sogar die professionellen Regeln betreffen. Deren Veränderung vollzieht sich bestimmt nicht von selbst, sondern nur unter politisch-gesellschaftlichen Druck. Und dafür müssen nach wie vor alternative Medien abseits des herrschenden Mainstream mit kritischen Perspektiven sorgen.

- Armin Scholl  
(Inst. f. Kommunikationswissenschaft, Uni Münster)

Friedenspolitisches Seminar

## Peace in the Middle East?

Über Pfingsten trafen sich Vertreter von Young Meretz/Young Yachad Israel und der Independence Youth Union Palestine (IYU) auf Einladung von JungdemokratInnen/Junge Linke in Frankfurt am Main.

Die Idee zu einem friedenspolitischen Seminar unter Beteiligung von JD/JL entstand erstmals im Frühjahr 2001. Damals riss der Kontakt zwischen IYU und Young Meretz, der beiden Jugendorganisationen der gewichtigen links-demokratischen Parteien Fida (Palestinian Democratic Union) und Yachad (Social Democratic Israel, vormalis Meretz), unmittelbar nach Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen im Oktober 2000 ab. Vermittlungsversuche und die Planung eines gemeinsamen Treffens scheiterten vorerst an Divergenzen über zu verhandelnde Seminarinhalte. Schwierig war vor allem der Entwurf einer Resolution, der eine neue Kooperationsbasis vereinbaren sollte.

erfolgreichen Verhandlungen der sogenannten Geneva Initiative, die getragen unter anderem von dem ehemaligen Fida-Minister Yassir Abed Rabo und dem damaligen Meretz-Vorsitzenden Sarid einen detaillierten Teilungsplan ausarbeitet, stellen hier sicherlich eine Ausnahme dar. Wobei die nicht-öffentlichen Kontakte der beteiligten Israelis und Palästinenser lange Zeit auch keine praktischen Folgen für die Friedensbewegung hatten.

Besonderen Stellenwert hat das Seminar also, da es nach mehr als drei Jahren das erste Zusammentreffen war. Die Vorbehalte gegenüber einer politischen Annäherung waren anfänglich dementsprechend groß. Umso größerer Erfolg war es, als nach vier Tagen kontroverser Diskussionen über die komplexen Ebenen des Konflikts die Erarbeitung einer gemeinsamen Erklärung gelang. Diese definierte neben der Stellungnahme zu den wichtigsten Konfliktpunkten (Siedlungsabbau, Grenzverlauf, Terrorismus und Flüchtlinge) nicht nur die politische Grundlage für eine weitere Kooperation, sondern soll in der Bildungsarbeit beider Organisationen dazu dienen, in dem von Feindbildlogiken geprägten gesellschaftlichen Klima auf die Existenz eines Partners für friedenspolitische Gespräche zu verweisen. Moderiert wurde die Seminardiskussion von JungdemokratInnen/Junge Linke aufgrund

ihrer langjährigen Partnerkontakte zu beiden Organisationen. Generell ging es dabei der israelischen Seite um eine starke Verurteilung terroristischer sowie gewalttätiger Handlungen militanter palästinensischer Gruppen. Die Vertreter von IYU forderten eine Ablehnung der militärischen und zivilen Besetzung sowie das Eintreten für einen unabhängigen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967. Der schwierigste, auch von den meisten offiziellen Verhandlungen bisher weitgehend ausgesparte Punkt war dabei, eine Annäherung in der Frage der Palästinensischen Flüchtlinge zu erzielen. Die Erklärung fordert letztlich eine formelle Anerkennung des Problems, um zu einer fairen und einvernehmlichen Lösung des Flüchtlingsproblems zu kommen.

Für die Zukunft waren Treffen der beiden Vorstände vor Ort zur Planung einer gemeinsamen Bildungsarbeit und politischer Projekte vorgesehen. Auf internationaler Ebene werden weitere Treffen unter Beteiligung von JungdemokratInnen/Junge Linke angestrebt. Da eine Zusammenkunft zwischen Israelis und Palästinensern vor Ort durch Restriktionen der Bewegungsfreiheit weiterhin problematisch ist, stellen Treffen im Ausland schlechterdings den besten Rahmen, den Wieder-Annäherungsprozess zu vertiefen.

- Thomas Balzer

**Materialien**  
Folgende Materialien kannst Du in der Bundesgeschäftsstelle bestellen. Bei den kostenpflichtigen Materialien erfolgt der Versand nur gegen Vorkasse. Einige der Handbücher werden nicht vom Bundesverband sondern von den Landesverbänden vertrieben. Wir leiten Deine Bestellung aber gerne weiter.

**Infopaket**  
Mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen und Plakaten.

**tendenz (Schwerpunkte)**  
kein mensch ist illegal  
Europa  
Gegen Arbeitszwang  
Asylrecht  
Rüstungsexporte und Menschenrechte  
Kritik der „wehrhaften Demokratie“  
Antifaschismus  
Innere Sicherheit  
Globalisierung  
Antimilitarismus

„Mit Sicherheit rassistisch“  
Flugblatt „Keine Alternativen: § 129b StGB abschaffen!“  
Flugblatt „Ich weiß, wen du letzten Sommer

unterstützt hast ... Datenschutz ade?“  
Flugblatt „(Un)Heimlich rassistisch - der permanente Ausnahmezustand“  
Flugblatt „Abschottung total - die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts“  
Flugblatt „Residenzpflicht abschaffen!“

„GATS stoppen!“  
Faltblatt „Public services under public control!“

„deportation class“  
sondertendenz Antirassismus  
Faltblatt „bording information“ – Was tun bei Abschiebungen im Flugzeug?  
Faltblatt „Die schönsten Ziele in der deportation class“  
Faltblatt „Lufthansa Unternehmensbericht. Das Geschäft mit der Abschiebung“  
Plakat „deportation class“ (0,50€)

**Handbücher**  
kein mensch ist illegal! – Handbuch gegen Abschottung & Ausgrenzung (3€)  
Gegen Arbeitszwang und Billigjobs (2€)  
Freiheit stirbt mit Sicherheit! Handbuch gegen Überwachung (3€)  
Tipps für den radikal-demokratischen Alltag (2€)  
Broschüre gegen Totschlagargumente – Argumente gegen Jugendoffiziere (1,50€)

Give the feminist a cigarette – Feminismushandbuch (4€)

**Regelmäßig neu**  
Schlagloch – Zeitung des Landesverbandes NRW  
Zündstoff – Zeitung der Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg  
blatt – Zeitung des Landesverbandes Berlins  
LiSA-Zeitung – Zeitung der linken SchülerInnen Aktion Berlin  
RadZ – Radikaldemokratische SchülerInnenzeitung des Bundesverbandes

**Plakate & Mini-Buttons & Aufkleber**  
Zu vielen verschiedenen Themen in der Bundesgeschäftsstelle zu bestellen.

**Flugblätter**  
Gegen den Irak-Krieg und das halbherzige Nein der Bundesregierung!  
Die Verachtung völkerrechtlicher Standards - der kalkulierte Angriffskrieg  
Gesundheit ist keine Ware?  
Freiheit stirbt mit Sicherheit! BürgerInnenrechte verteidigen - Schilys Sicherheitsgesetze verhindern!  
Jetzt erst recht: Grundrechte verteidigen!  
Rot-grün diskriminiert und verfolgt fast genauso gut

Weitere Flugblätter zu vielen verschiedenen Themen findet Ihr im Internet unter [www.jdjl.org](http://www.jdjl.org)

## Radikal Reisen



• **Frankreich: Paris**

**Termin: 30. Sept. - 10. Okt. 05 / ca. 250,- Euro**  
**Thema: Kritik der globalisierungskritischen Bewegung an der europäischen Verfassung**  
In Frankreich kritisieren Teile der akademischen und politischen Eliten und die globalisierungskritische Bewegung den vorgelegten Verfassungsentwurf u.a. wegen der wirtschafts- und militärpolitischen Ausrichtung. Der Ruf nach einem Volksentscheid über den Entwurf ist wesentlich stärker als in Deutschland. Gemeinsam mit Gruppen vor Ort wollen wir Perspektiven linker Europapolitik diskutieren und uns die innenpolitische Situation in Frankreich genauer ansehen. Ein Besuch der traditionsreichen Fête de l'Humanité steht auch auf dem Programm.

• **USA: New York**

**Termin: September 05 / ca. 750,- Euro**  
Bei Treffen mit unserem Partner YDS und verschiedenen anderen Organisationen wollen wir über die zukünftige Ausrichtung der us-amerikanischen Außenpolitik vor allem im nahen Osten, sowie des transatlantischen Verhältnisses diskutieren. Darüber hinaus soll auch die prekäre sozial- und wirtschaftspolitische Situation in den USA Thema sein. Am Beispiel von New York untersuchen wir, wie diese Politik sich auf städtischer Ebene bzw. städteplanerisch widerspiegelt. Veranstalter von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB).

• **Südafrika: Durban**

**Termin: Frühjahr 05 / ca. 750,- Euro**  
1994 endete die Apartheid unverhofft, doch ist die Armut innerhalb der schwarzen Bevölkerung nach wie vor außerordentlich hoch. Mit dieser Entwicklung und den Folgen der Apartheid wollen wir uns während unseres Aufenthaltes auseinandersetzen. Dazu wollen wir uns mit unterschiedlichen politischen Gruppen, wie „Survivors of the Violence“, dem Gewerkschaftsverband COSATU (Congress of South African Trade Unions) und unserer Partnerorganisation SASCO, der landesweiten Studierendenorganisation, treffen. Veranstalter von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB).

• **Russland: Moskau**

**Termin: Sommer 05 / ca. 400,- Euro**  
**Thema: Geschichte und aktuelle Entwicklung der Linken in Russland**  
Wieder einmal fahren JungdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. dem Youth Human Rights Movement wollen wir uns mit der Geschichte und Gegenwart der Linken in Russland beschäftigen. Darüber hinaus wollen wir mit unserem Partner den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren.

Außerdem finden Reisen ins Baltikum, evtl. nach Polen und Israel statt. Für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten werden wir uns jeweils zwischen den politischen Terminen Zeit nehmen.  
Mehr Informationen unter: <http://www.radikal-reisen.de>

HINWEISE

Zu jeder Reise könnt ihr ein Faltblatt mit weiteren Informationen in unserer Geschäftsstelle bestellen. Der Teilnahmebeitrag deckt i.d.R. Reisekosten, Programm und Unterkunft, einen inhaltlichen Vorbereitungsreader und regelmäßig auch ein Vorbereitungsseminar. Mitfahren können alle, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Die Teilnehmenden müssen weder die Landessprache beherrschen, noch Spezialisten sein, weder für das Thema, noch für das Gastland. Mitgliedschaft bei JD/JL ist keine Teilnahmevoraussetzung. Jetzt anmelden, auch für die Reisen der VSB e.V., über:

JungdemokratInnen / Junge Linke,  
Haus der Demokratie und Menschenrechte,  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: 030-440 248 64  
Fax: -66, bgs@jdjl.org



Interview

# „Das hat nichts mit Sozialneid zu tun...“

Dr. Werner Rügemeier lebt und arbeitet als Publizist in Köln und ist Lehrbeauftragter an der Universität in der gleichen Stadt. Er publiziert zu den Themen Korruption, Staatsverschuldung, Armut und Reichtum sowie zu Antonio Gramsci.

**Was ist eigentlich schlecht an Reichtum?**

Der Reichtum eines Menschen ist an sich nicht das Problem, sondern Reichtum wird dann zu einem sozialen Problem, wenn die Art und Weise der Entstehung und Verwendung des Reichtums die Gesellschaft schädigt, z. B. zur Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die erhöhte Gewinnerwartung oder zu einer gegen Null sinkenden Besteuerung führt und dadurch die Staatseinnahmen so sinken, dass dieser seinem grundgesetzlichen Anspruch, Sozialstaat zu sein, nicht mehr nachkommt.

**Wie sieht die private Reichtumsentwicklung seit 1989 in der BRD aus?**

Die Vermögens- und Gewinnentwicklung hat seit 1989 einen ordentlichen Schub bekommen. Die Zahl der Millionäre hat sich etwa verdoppelt, das Vermögen dieser Millionäre mehr als verdoppelt. Und zwar deshalb, weil die Möglichkeiten der Gewinnentnahme in den entwickelten kapitalistischen Staaten in den neunziger Jahren enorm ausgeweitet wurden.

**Gleichzeitig hört man aber von allen Seiten, dass es nichts mehr zu verteilen gäbe und alle sparen müssten?**

Die Aufforderung zum Sparen richtet sich aber eindeutig nur an Lohn-, Gehalts-, Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger, nicht an die Großverdiener. Wir wissen aus den Unternehmensbilanzen, aus den Reichtumsanalysen der Vermögensanleger und der Banken, dass gleichzeitig Renditeerwartungen bei Vermögensanlagen ab eine Million aufwärts oder bei den Hauptaktionären der großen Firmen von jährlich 15 bis 20% erfüllt werden müssen, damit die Anleger nicht zur Konkurrenz abwandern.

**Wer in der BRD den zunehmenden privaten Reichtum -**

**auch subjektiviert - kritisiert, setzt sich leicht dem Vorwurf des Sozialneids aus.**

Das Skandalisieren von Reichtum ist dann gefährlich oder instrumentalisierbar, wenn es tatsächlich nur von Neid getrieben wäre oder wenn es auf Reichtum als solchen kritisch abzielt. Aber wenn man darstellt, dass Reichtum dadurch entsteht, dass er gleichzeitig Armut produziert, dann hat das nichts mit Sozialneid zu tun. Wenn ich darauf bestehe, in dieser Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben führen zu können, was immer gewisse finanzielle Voraussetzungen hat, während gleichzeitig der durchschnittliche Reichtum in der Gesellschaft wächst und wenn ich darauf bestehe, einen Arbeitsplatz zu haben, von dem ich leben kann, dann hat das nichts mit Sozialneid zu tun.

**Wie würden Sie also die ungleiche Reichtumsverteilung öffentlich thematisieren, was wären Ihre zentralen „Forderungen“?**

Die öffentliche Diskussion darf nicht nur auf Hartz 4 konzentriert sein, sondern das gesamte Sparprogramm müsste angegriffen werden. Dieses richtet sich nicht nur gegen die Schwächsten, sondern es richtet sich auf die geringere Entlohnung von Arbeit und auf eine Verunsicherung der Situation derer, die arbeiten: durch Lockerung des Kündigungsschutzes, durch befristete Arbeitsverträge, durch Zeitarbeit, Ich-AG usw. Dem gegenüber müsste die Forderung stark gemacht werden, der Mehrheit der Bevölkerung ein Leben in Würde zu ermöglichen. Das wäre mit der Gesamtmenge des in dieser Gesellschaft produzierten Reichtums ohne Probleme möglich.

Das Interview führte Ines Wallrodt. Das gesamte Gespräch wird in Kürze in der Razzia#9 zu lesen sein. Mehr unter: [www.unabhængige-linke.de](http://www.unabhængige-linke.de)

Anzeige

**Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOT**



**Hans Jürgen Krysmanski**  
**Hirten & Wölfe**  
Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research  
2004 - 205 Seiten - € 15,30  
ISBN 3-89691-602-5

Das Interesse an den Reichen und Mächtigen dieser Welt wächst, je mehr Globalisierung und Privatisierung Hand in Hand gehen. Dennoch sind die Oberschichten - längst die wichtigsten Geldgeber und 'Kunden' - von den Sozialwissenschaften immer noch weitgehend unerforscht. Andererseits gibt es in den USA seit dem 19. Jahrhundert eine Tradition der kritischen Beobachtung der Mächtschichten 'derer da oben'. Das Buch breitet Ergebnisse dieser Forschungen des Power Structure Research aus. Es ist zugleich Werkstattbericht, Ressource und Aufforderung, sich selbst an dieser Bewegung zu beteiligen.

**Olaf Kaltmeier/ Jens Kastner/ Elisabeth Tuider (Hrsg.)**  
**Neoliberalismus - Autonomie - Widerstand**  
Soziale Bewegungen in Lateinamerika  
2004 - 278 Seiten - € 24,80  
ISBN 3-89691-578-9

**Thomas Ernst/Bettina Bock von Wülfling/Stefan Bormann/ Christian P. Gudehus (Hrsg.)**  
**Wissenschaft und Macht**  
2004 - 340 Seiten - € 25,80  
ISBN 3-89691-581-9

**Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf**  
**Grenzen der Globalisierung**  
Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft  
6. Auflage 2004  
600 Seiten - € 29,80  
ISBN 3-929586-75-4

**John Holloway**  
**Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen**  
2. Auflage 2004 - 255 Seiten - € 24,80  
ISBN 3-89691-514-2

[www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de)

Fortsetzung Kommentar von S. I „Ökologie hat keine Farbe“

Aussicht auf Erfolg haben, die entweder die Kosten senken oder einen Absatzmarkt für neue Technologien versprechen. Nicht mehr die Forderung nach einer Transformation der Gesellschaft, sondern Effizienz und Standorticherung prägen den Umweltschutzdiskurs. Leider, denn eigentlich ist eine giftfreie Umwelt weder Selbstzweck noch Marktproblem, sondern Garant für die Lebensqualität und Gesundheit von Menschen. Damit ist Umweltschutz kein „Ein-Punkt-

Thema“, sondern muss immer auch gesellschaftspolitische Bedingungen und Folgen mitdenken. Umweltschutz ohne Bezug zur Ökonomie und Themen wie Armut oder Globalisierung - also sozialen Bedingungen - betreiben zu wollen, ist sinnlos und höchstens transzendental zu begründen. Insofern beteiligt sich Rot-Grün auch auf einem Feld der größten Umweltaureien im doppelten Sinne: Förderung der Rüstungsindustrie, Waffenexporte und Krieg.

- Astrid Papendick

Anzeige

## Neuer, schöner, besser: blaetter.de

Ab Januar 2005 präsentieren sich die "Blätter für deutsche und internationale Politik" auf ihrer Website in neuem Gewand und mit vielen nützlichen Funktionen:

- Komfortable Suche in allen Artikeln seit 1998
- Ausgewählte Artikel frei zugänglich
- Als Abonnent mit zusätzlichem Online-Abo: Zugriff auf das Archiv mit allen Artikeln (Volltext, seit 1998)

Ausgabe 1/05 mit

# Naomi Klein

## Bagdad im Jahr Null

# Elmar Altvater

## Öl-Empire

Die größte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum, herausgegeben von:

Norman Birnbaum, Micha Brumlik, Dan Diner, Jürgen Habermas, Dettel Hense, Rudolf Hickel, Jörg Hüffschmid, Walter Jens, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Ingeborg Maus, Klaus Neumann, Jens G. Reich, Rainer Rilling, Irene Runge, Karen Schönwälder, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby und Rosemarie Will.



### Blätter für deutsche und internationale Politik



## Coupon

Winter 2004

## JungdemokratInnen / Junge Linke

Ich will mehr über euch wissen!

- Schickt mir euer Seminarprogramm!
- Ich will aktiv werden!
- Ich möchte über Aktionen/ „radikal reisen“ informiert werden.
- Ich möchte lesen. Umseitig meine Bestellungen.
- Schickt mir doch weitere Informationen zum Thema: \_\_\_\_\_

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ eMail: \_\_\_\_\_

Alter: \_\_\_\_\_ Tätigkeit: \_\_\_\_\_

Send to: JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Fax: (030) 440 248 66, e-mail: [infos@jdjl.org](mailto:infos@jdjl.org)

Hinweise zum Datenschutz: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an einen unserer Landesverbände bzw. Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist auf jeden Fall ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über die gespeicherten Daten Auskunft bekommen und ihre Berichtigung oder Löschung verlangen. Mit dem Abschicken des Coupons erklärst du dich damit einverstanden.

**parteiunabhängig**  
JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

**konsequent außerparlamentarisch**  
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

**für radikale Demokratie**  
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

**für Emanzipation**  
JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

**Impressum:**  
tendenz - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband)  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
Tel.: 030-440 248-64, Fax: -66  
[bgs@jdjl.org](mailto:bgs@jdjl.org), [www.jdjl.org](http://www.jdjl.org)

Redaktion: Daniel Leisegang (V.i.S.d.P.), Alex Wagner, Astrid Papendick, Alban Werner, Jörg Schindler, Phillip Hofmann, Steff Mielast  
Anzeigenredaktion: Sören Bronsart  
Gestaltung: Daniel Leisegang  
Belichtung/Druck: Union-Druck, Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. tendenz kostet im Abo 4,- EURE/ Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.